

Demokratische Aufbrüche

in Berlin sichtbar machen

Einleitung • Seite 2

1918 – Konstituierung der Weimarer Republik • Seite 5

→ Schwarze deutsche Bewegungen von der Weimarer Republik bis heute (*Anab Awale*) • **Seite 5**

→ Mehr als nur Teilhabe! Jüdische Perspektiven auf 1918 und darüber hinaus (*Dr. Hannah Lotte Lund*) • **Seite 8**

→ Erinnerung an das Frauenwahlrecht 1918 (*Heike Stange*) • **Seite 11**

1968 – Revolte oder Demokratisierung? • Seite 14

1989 – Demokratie für alle? • Seite 17

Fachtagung „Demokratische Aufbrüche differenziert erforschen, digital dokumentieren und anschaulich im Stadtraum erinnern“ • Seite 20

→ Migrantische Perspektive auf die Erinnerungskultur (*Dr. Patrice G. Poutrus*) • **Seite 22**

→ Demokratische Selbstverwaltungen in Berlin – Schlaglichter aus der Geschichte der (Haus-)Besetzungen (*Jessica Eitelberg*) • **Seite 24**

→ Demokratische Teilhabe von Sinti:zze und Rom:nja in Deutschland • **Seite 27**

→ Mit Behinderungen muss gerechnet werden! (*Dr. Martin Theben*) • **Seite 29**

→ Frauen-Demokratie-Geschichte sichtbar machen (*Claudia von Gélieu*) • **Seite 32**

Wie geht es weiter? • Seite 35

Einleitung

An über 3.500 Orten im Berliner Stadt- raum machen Gedenktafeln, -steine und Denkmäler auf historische Ereignisse aufmerksam. Dabei erinnern sie überwiegend an Unrecht, Ver- folgung und gewaltsame Konflikte. Insbesondere die Zeit des Nationalsozialismus, die Ver- folgungen sowie der Widerstand dagegen nehmen großen Raum im öffentlichen Gedenken ein. Das ist richtig und wichtig, da die Erinnerung daran mahnt, derartiges Unrecht nicht erneut möglich werden zu lassen. Zugleich erscheint es heute in Anbetracht antidemokra- tischer Tendenzen geboten, auch die Geschichte der Demokratie deutlicher ins Gedächtnis zu rufen und damit den Erinnerungen Raum zu geben, die sich auf positive gesellschaftliche Entwicklungen der Vergangenheit beziehen. Demokratie, wie sie heute geschätzt wird, fiel nicht vom Himmel und ihre Durchsetzung folgte keinem linearen Verlauf. Wahlrecht, Bürger- rechte und politische Teilhabe wurden in langen, mühsamen und vor allem kollaborativen Prozessen erdacht und erkämpft.

Den Anstoß, sich ausführlicher mit Demokratiegeschichte zu befassen, lieferte 2017 Prof. Dr. Ingo Juchler von der Universität Potsdam. Er hatte sich mit Berliner Orten der Demo- kratiegeschichte befasst, Bücher dazu geschrieben und zahlreiche Stadtrundgänge ange- boten, anschaulich illustriert mit Musikbeispielen, Zitaten und Fotos. Dies hat die Projektlei- ter:innen dazu inspiriert, sich mehr mit diesem Aspekt der Geschichte, für den es gerade in Berlin viele wichtige Schauplätze gibt, zu befassen und sich dafür einzusetzen, dass die Orte der Demokratie im Stadtbild sichtbar werden.

Am 27. Juni 2022 fand in Kooperation mit dem Friedhof der Märzgefallenen / Paul Singer Ver- ein e. V. eine erste Fachtagung unter dem Titel „Demokratische Aufbrüche in Berlin sichtbar machen“ statt. Die Tagung stellte die Frage, wie diese Orte im Stadtraum sichtbar werden können, welche anderen Zeitpunkte der Demokratiegeschichte es gab und welche Pers- pektiven bisher vergessen wurden.

Bei der Tagung wurde herausgearbeitet, dass die Geschichte der Demokratie in den Medi- en, der schulischen sowie der außerschulischen Bildungsarbeit meist als mühsamer, aber stetiger Fortschritt in mehr oder weniger revolutionären „Schüben“ oder Phasen erzählt wird. Im Fokus stehen Ereignisse wie die Märzrevolution 1848, die Weimarer Verfassung 1919, die „innere Demokratisierung“ 1968 und die friedliche Revolution 1989. Durch dieses national ausgerichtete Erfolgsnarrativ werden strukturell Kämpfe von Gruppen, die nicht der deut-

schen Mehrheitsgesellschaft angehören, unsichtbar gemacht. Sexismus, Kolonialismus, Rassismus und andere diskriminierende Strukturen prägten die Gesellschaft und politische Auseinandersetzungen — zu jeder Zeit anders, aber immer tiefgreifend und wirkmächtig. Die lineare Fortschrittserzählung der Demokratie weist bei näherer Betrachtung viele Brüche, Widersprüche und uneingelöste Versprechen auf. Manche Gruppen erlebten ihre „demokratischen Aufbrüche“ in anderen, vielleicht sogar konträren Zeitphasen als die Mehrheitsgesellschaft. Auch Misserfolge und Marginalisierung von Kämpfen um demokratische Teilhabe gehören zur historischen Wahrheit. Diese Geschichten sind weit weniger umfassend dokumentiert und archiviert, jahrzehntelang auch des Archivierens nicht würdig erachtet worden, daher ist der Zugriff auf diese Erfahrungen ungleich schwieriger.

Angesichts der Komplexität, aber auch der hohen und aktuellen Relevanz des Themas Demokratiegeschichte haben das Aktive Museum und die Berliner Landeszentrale für politische Bildung das Projekt „Demokratische Aufbrüche in Berlin sichtbar machen“ konzipiert. Das Projekt wurde im Jahr 2023 mit Fördermitteln des Projektfonds Zeitgeschichte und Erinnerungskultur der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt realisiert.

In drei halböffentlichen Round-Table-Veranstaltungen wurden zunächst die Geschichtserzählungen um die Jahre **1918**, **1968** und **1989** genauer angeschaut. Es wurden historische Forschungsergebnisse zu marginalisierten Perspektiven auf Demokratiegeschichte vorgestellt. Außerdem wurde über adäquate partizipative Vermittlungsformate diskutiert.¹

Dabei wurde auch deutlich, dass in der Bildungsarbeit eine Loslösung von den genannten „Meilensteinen der Demokratiegeschichte“ nötig ist, um den oft sehr ungleichzeitigen historischen Erfahrungen verschiedener Bevölkerungsgruppen bei ihren Kämpfen um demokratische Rechte gerecht zu werden. In diesem Sinne fand am 12. Oktober 2023 die abschließende Fachtagung des Projekts unter dem Titel „Demokratische Aufbrüche differenziert erforschen, digital dokumentieren und anschaulich im Stadtraum erinnern“ statt.

Hier wurden Workshops zu demokratischen Kämpfen und deren Sichtbarkeit im Berliner Stadtraum abgehalten und diskutiert, welche historischen Zeitpunkte bzw. Zeitphasen für die jeweiligen Gruppen wichtig waren: „Migrantische Perspektiven auf die Wendezeit“, „Geschichte demokratischer Selbstverwaltungen in Berlin“, „Demokratische Teilhabe von Sinti:zze und Rom:nja in Deutschland“, „Demokratiebewegung behinderter Menschen in Ost- und West-Berlin“ und „Frauen in der Demokratiegeschichte“. Die Fachtagung warf einen kritischen Blick auf die Narrative eines nationalen Demokratieverständnisses. Zentral waren

Fragen nach Mechanismen der Ausschlüsse von demokratischer Teilhabe und der Struktur verschiedener demokratischer Aufbrüche. Es wurde diskutiert, wie Erzählungen vom Scheitern in die Geschichtsarbeit aufgenommen werden können und was überhaupt als demokratischer Kampf verstanden werden kann.

Das Ziel des Projektes war es, ein intersektionales Verständnis von Orten, Ereignissen und Personen zu schaffen, die für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft bedeutsam waren und an die in der Stadtgesellschaft und Bildungsarbeit in Berlin stärker erinnert werden sollte. Wie kann ein zeitgemäßes Geschichtsverständnis aussehen und wie können Demokratiegeschichten im Stadtraum attraktiv und differenziert sichtbar gemacht werden?

Die vorliegende Broschüre dokumentiert skizzenhaft, was im Rahmen des Projekts im Verlauf des Jahres 2023 erarbeitet wurde, und zeigt die Vielschichtigkeit des Themenfeldes Demokratiegeschichte auf. Bei der Lektüre wird sich vermitteln, dass dieses Thema wie kaum ein anderes nur im Netzwerk, unter Einbeziehung ganz unterschiedlicher Akteur:innen, verschiedener Sichtweisen und Wissensbestände sinnvoll bearbeitet werden kann. Gerade das — nicht immer reibungslose — Zusammentreffen der verschiedenen Disziplinen und Hintergründe machte den Reiz des Projekts aus. Wir danken daher allen beteiligten Referent:innen und Mitdiskutant:innen sehr herzlich für ihre Beiträge und hoffen als Projektteam auf einen weiteren fruchtbaren Austausch.

¹ Das Jahr 1848 wurde bereits anlässlich des 175. Jahrestages vom Gedenk- und Ausstellungsort Friedhof der Märzgefallenen aufgearbeitet und am 18. März 2023 in einer neuen Dauerausstellung sichtbar gemacht.

1918 – Konstituierung der Weimarer Republik

Der erste Round-Table fand am 20. April 2023 mit dem Fokus auf das Jahr 1918 statt. Dieser Meilenstein steht für das Ende der deutschen Monarchie und markiert den Beginn der Weimarer Republik. Wer waren die Akteur:innen dieser Ereignisse und wer wird öffentlich erinnert? In drei Vorträgen wiesen die Referentinnen auf die Rolle Schwarzer Menschen, Jüdinnen:Juden und Frauen im Jahr 1918 hin.

Dankenswerterweise haben sie ihre Inputvorträge für diese Dokumentation zusammengefasst, sodass wir an dieser Veranstaltung beispielhaft den Charakter der Round-Tables und die stattgefundene Perspektivenerweiterung zeigen können.

SCHWARZE DEUTSCHE BEWEGUNGEN

VON DER WEIMARER REPUBLIK BIS HEUTE

Kolonialismus und Erinnerungskultur

Von Anab Awale

Rassismus hat seine Wurzeln in der Antike und wurde in Werken von Gelehrten wie Aristoteles festgehalten. Mit den „Entdeckungsreisen“ des 15. Jahrhunderts begann ein oftmals übersehenes Kapitel deutscher Geschichte. Dieses Zeitalter war geprägt durch die Ausbeutung und Entmenschlichung von Völkern.

Bereits im 17. Jahrhundert spielte Berlin als Haupt- und Residenzstadt Brandenburgs eine wichtige Rolle im transatlantischen Versklavungshandel. Infolge der Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85 wurde das Deutsche Kaiserreich zur drittgrößten Kolonialmacht der Welt: Neben sogenannten „Schutzgebieten“ in Afrika eignete sich Deutschland Kolonialgebiete im Pazifik und in China an. Während der europäischen Kolonialzeit entwickelte sich auch das nationale und internationale Recht auf eine Weise, die es zuließ, dass der Handel von versklavten Menschen und Völkermord aufgrund von rassistischen Zuschreibungen legitimiert wurden.

Schwarze Selbstorganisation in der Weimarer Republik

Die Weimarer Republik (1918–1933) wurde von weltbewegenden Ereignissen geprägt, einschließlich der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der damit einhergehenden Übergabe der deutschen Kolonien an die Alliierten sowie der Besetzung des Rheinlands durch Schwarze Soldaten aus den französischen Kolonien – ein Ereignis, das von *weißen* Deutschen abwertend als „Schwarze Schmach“ bezeichnet wurde.

Für Schwarze Menschen, die während der Kolonialzeit nach Deutschland kamen, war die Weimarer Republik eine Zeit großer Unsicherheit. In dieser Situation gründete sich **1918** in Hamburg der Afrikanische Hilfsverein, um Schwarzen Menschen in Deutschland Unterstützung zu bieten. Eines der bedeutendsten politischen Dokumente dieser Zeit ist die Dibobepetition von **1919**, die auch ein starkes Zeugnis für den Schwarzen deutschen Widerstand darstellt.

Mit der Machtübernahme Hitlers nahm der politische Aktivismus Schwarzer Menschen in Deutschland ein jähes Ende. Viele flohen ins Ausland, während andere versuchten, unauffällig zu bleiben, so gut es ging. Denn dies war die einzige Überlebensstrategie im nationalsozialistischen Deutschland, wie es Theodor Michael in seiner Autobiographie *Deutsch sein und schwarz dazu* schilderte.

Konträre Formen des Erinnerns

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zur formellen Selbstorganisation Schwarzer Menschen in Deutschland erst wieder in den 1980er-Jahren. Dabei spielen die Aufarbeitung der afrodeutschen Geschichte und die Bekämpfung von gegenwärtigen Formen des institutionellen Rassismus, wie das *racial profiling*, bis heute eine zentrale Rolle.

Der hohe Wert der Erinnerung gehört zum Selbstverständnis demokratischer Gesellschaften. Die fehlende Erinnerung in der *weißen* deutschen Mehrheitsgesellschaft steht im Widerspruch zu den realen historischen Gegebenheiten. Dies wurde einmal mehr am Beispiel der Wiedererrichtung des preußischen Schlosses mitten in der wiedervereinten Stadt Berlin sehr deutlich.

So zeigten im Jahr **2021** zwei Ereignisse – der Festakt zur Eröffnung des Humboldt Forums einerseits und die Stolpersteinverlegungen für Schwarze Deutsche, die während der NS-Diktatur von den Nazis ermordet wurden, andererseits – in Anbetracht ihrer symbolischen Dimension die unterschiedlichen Formen des Erinnerns in der Bundesrepublik deutlich.

Während das Humboldt Forum zum Symbol einer gescheiterten Erinnerungspolitik geworden ist – weil es dabei versagt, eine multiperspektivische Erinnerungskultur abzubilden –, ist mit der Stolpersteinverlegung die Erinnerung an das Leben und die Verfolgung von Schwarzen Deutschen eine Pluralisierung der Erinnerungskultur gelungen, ohne dabei die Singularität des Holocaust zu relativieren.

Lücke in der Erinnerungspolitik

Die Reaktion der politischen Entscheidungsträger:innen auf die Kritik am Humboldt Forum und den geplanten Ausstellungen im wieder aufgebauten kaiserzeitlichen Schloss ist leider bezeichnend für den Umgang mit der deutschen kolonialen Vergangenheit – sie wird oft größtenteils ignoriert und verdrängt. Dies unterstreicht eindrücklich die Lücke in der Erinnerungspolitik und das fehlende Bewusstsein für die Schwarze deutsche Geschichte, einschließlich der Widerstandsbewegungen, sowie die mangelnde Anerkennung der historischen, wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Beiträge von Communities, die vom Kolonialrassismus betroffen waren und es immer noch sind.

Erinnerung und Gegenwart

Aus einer historischen Perspektive erscheint Geschichte immer verknüpft mit anderen Geschichten und ist erst durch spezifische Kontexte und Situationen nachvollziehbar und einzuordnen. Diese verweisen jedoch selbst wieder auf bestimmte Ereignisse und Geschichten, sei es auf individueller Ebene oder im größeren Rahmen wie die Geschichte von Nationalstaaten oder historischen Epochen und Ereignissen.

Die Auswirkungen der deutschen und europäischen Kolonialzeit sind tiefgreifend und wirken bis in die heutige Zeit hinein. Trotzdem ist das Bewusstsein über die deutsche koloniale Vergangenheit oft gering, obwohl ihre Präsenz im öffentlichen Raum, insbesondere in Berlin, deutlich sichtbar ist.

Es ist wichtig, dass demokratische Gesellschaften sich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen und sicherstellen, dass solche Ungerechtigkeiten nie wieder geschehen. Denn Wandel und Zukunft können nur gemeinsam erreicht werden, insbesondere wenn die Wirkmacht des deutschen und europäischen Kolonialismus sich bis in die heutige Zeit erstreckt.

Anab Awale ist Sozialwissenschaftlerin und Bundesvorstand von ISD. Sie lebt und arbeitet in Berlin. Schwerpunktmäßig beschäftigt sie sich mit den Themen Aufarbeitung deutscher Kolonialismus und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.

MEHR ALS NUR TEILHABE!

Jüdische Perspektiven auf 1918 und darüber hinaus

Von Dr. Hannah Lotte Lund

Jüdische Geschichte hat wie Frauen- oder migrantische Geschichte, und oft verbunden mit diesen, diese Stadt geprägt und wird immer noch nicht genug erinnert. Dazu wird sie allzu oft nur als „wesentlicher Beitrag“ zur deutschen Kultur betrachtet und ist doch intrinsischer Teil gewesen, von Beginn der Stadtgeschichte an. Für eine neue Erinnerungskultur sind sowohl die Rahmenbedingungen jüdischen Lebens in Deutschland und Berlin, als auch zahlreiche Persönlichkeiten, Bewegungen, Projekte und das Spektrum des Engagements neu zu befragen.

1918 ist aus jüdischer Perspektive zunächst ein Rückblick auf das soeben zu Ende gehende Kaiserreich und mehr noch die letzten 100 bis 150 Jahre. Jetzt lebt die erste Generation, die auf preußischem und deutschem Boden eine gesicherte Rechtssituation erlebt. Viele haben noch für Staatsbürger:innenrechte gekämpft, und, schwieriger noch, um gesellschaftliche Anerkennung. Denn während Jüdinnen:Juden 1791 in Frankreich über Nacht Staatsbürger:innen wurden, diskutierte man in Preußen zwar schon seit 1781 über „die bürgerliche Verbesserung der Juden“, aber man diskutierte auch bis 1871!

Der Titel war programmatisch: Rechte wurden schrittweise zuerkannt, bei Nachweis sittlich-moralischer Besserung und Angleichung an die Mehrheitsgesellschaft. Ein erstes Emanzipationsedikt von **1812** wurde schon 1815 sehr eingeschränkt. 1848 wurden die Bürgerrechte wieder diskutiert und mit denselben Argumenten von der „Andersartigkeit der Juden“ bestritten.

Eine Zeitenwende?

Die Forschung geht heute davon aus, dass die lange Dauer der Debatte um die so genannte „Judenfrage“, das Hinterfragen der Zugehörigkeit, das Gefühl der Fremdheit noch verstärkt hat. Eine juristische Gleichstellung gab es im Deutschen Reich erst im Jahr **1871**, das eine wirkliche Zeitenwende in der Geschichtsschreibung jüdischen Lebens in Deutschland darstellt, weil es ungeheuer inspirierend wirkte. Nicht weil es Sicherheit brachte, nur wenige Jahre nach der Gleichberechtigung wurde sie wieder in Frage gestellt.

Dennoch heißt jüdische Perspektive 1918 vor allem dynamische Veränderungen. Noch 1871 hatten 70 Prozent der deutschen Jüdinnen:Juden auf dem Land gelebt, jetzt mehr als die Hälfte in der Großstadt – als eine treibende Kraft ihres kulturellen und wirtschaftlichen Booms.

Nur zwei Beispiele: Berlin verdankt jüdischen Mäzen:innen wie James Simon seine Muse-

umsinsel und die Hälfte ihrer Kunstschatze. An der Berliner Universität gab es bei einem Bevölkerungsanteil von maximal vier Prozent Jüdinnen:Juden um 1900 zweistellige Prozentzahlen jüdischer Studentinnen! Aber es gab wenige jüdische Ordinarien, zum Beispiel keinen jüdischen Germanistikprofessor – und bis 1933 keinen jüdischen Staatsanwalt.

Die Entstehung des modernen Antisemitismus

Die 1870er-Jahre bilden zugleich die Zäsur zu Entstehung des modernen Antisemitismus als gesellschaftlicher Bewegung – Berlin wurde seine Hochburg. Der Hofprediger Adolf Stöcker gründete die Stadtmission, aber zugleich 1879 eine der ersten antisemitischen Parteien. Wilhelm Marr prägte den Begriff selbst, als er die „Antisemitenliga“ gründete. 1880 forderte eine Antisemitenpetition die Rücknahme der Bürgerrechte.

Der Antisemitismus gilt als kultureller Code im Kaiserreich, in Wellen aktiv, aber immer präsent, im privaten wie im öffentlichen Raum. Für ein Gesamtbild wichtig und noch allzu vergessen sind jüdische Gegenstimmen, Vertreter:innen sozialer Bewegungen oder Parlamentarier, die gegen prominente Antisemiten ihre Sitze gewannen. So Paul Singer, Mitvorsitzender der SPD, der seine Vermögen in die Arbeiter:innenunterstützung steckte und zu dessen Beerdigung 1911 insgesamt 100.000 Berliner:innen aller Konfessionen kamen.

Seit den 1890er-Jahren formierte sich gegen den zunehmenden Rassen-Antisemitismus eine aktive, auch ideologiekritische Gegenwehr: **1893** gründete sich der *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, dem ca. zehn Prozent der deutschen Jüdinnen:Juden angehörten. 1918 gab es auch eine kleinere, aber vernehmliche zionistische Perspektive.

Der Erste Weltkrieg

Eine wirkliche Zeitenwende erhofften sich viele deutsche Jüdinnen:Juden vom Ersten Weltkrieg. Neben prominenten jüdischen Kriegswarner:innen wie Rosa Luxemburg und Gustav Landauer hatte die Mehrheit der deutschen Jüdinnen:Juden gehofft, dass ihr Deutschsein endlich akzeptiert würde. 100.000 jüdische Männer waren im Krieg – eine Zahl, an der sich die größte Enttäuschung festmacht, die 1918 prägt. Trotz allen Engagements kam es 1916 zu einer „Judenzählung“ in der Armee, deren positiven Ergebnisse perfiderweise nie öffentlichkeitswirksam publik gemacht wurden. Bis weit in die Weimarer Republik herrschte das Bild vor, dass Juden sich nicht beteiligt hätten, jüdische Mitglieder der Regierung wurden diskreditiert.

Identität und Vorurteil 1918

1918 blickten viele Berliner:innen auch auf München, wo in der Räterepublik führende Köpfe jüdischen Ursprungs für eine bessere Welt kämpften. Und nach Osteuropa, beziehungsweise auf die sogenannten „Ostjuden“. Nach den Pogromen in Russland und Polen seit den 1880er-Jahren flohen viele über – oder blieben in – Berlin im sogenannten Scheunenviertel, einem Armenviertel der Zeit. Ihre optisch auffällige jüdische Präsenz (durch Kleidung und Sprache der traditioneller lebenden Jüdinnen:Juden) war ein großes Thema in Berlin und Deutschland, auch innerjüdisch, weil manche das in der Assimilation Erreichte durch sie gefährdet sahen. 1918 schloss die Regierung die Grenzen für ostjüdische Arbeiter.

1918 bot zahlreiche Anlässe für die jüdische Bevölkerung, auf eine Besserung durch Wegfall der nationalidentitären Einrichtungen wie Reich, Armee und auf demokratischere Tendenzen zu hoffen. Doch der Antisemitismus blühte nach Kriegsende bald wieder auf, erreichte die Spitzen der Politik: 1919 wurde Rosa Luxemburg und 1922 der Außenminister Walther Rathenau umgebracht.

Dr. Hannah Lotte Lund ist Historikerin mit Forschungsschwerpunkten in der Jüdischen- und Geschlechtergeschichte. Sie arbeitet als Projektleiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

ERINNERUNG AN DAS FRAUENWAHLRECHT 1918

Regine Deutsch und die Sichtbarkeit von Parlamentarierinnen im öffentlichen Raum

Von Heike Stange

Kommt das Frauenwahlrecht im öffentlichen Raum Berlins vor? Welche Personen und welche Aspekte im Kampf um das Frauenwahlrecht werden sichtbar gemacht?¹ Im folgenden Text werden einige Beobachtungen am Beispiel der Politikerin Regine Deutsch skizziert.

Regine Deutsch (1860–1938) stritt für die politische Partizipation der Frauen und gehörte der ersten Generation Kommunalpolitikerinnen an.² Anhand ihrer Biografie und ihres Werks lassen sich verschiedene Aspekte des Frauenwahlrechts zeigen. Für Regine Deutsch war die staatsbürgerliche Gleichberechtigung ein zentrales Anliegen. Schon in der Monarchie engagierte sie sich in der privaten Wohltätigkeit, kam in Kontakt mit Politik und Journalismus. Sie lernte Minna Cauer kennen, mit der sie gemeinsam für das Frauenwahl- beziehungsweise -stimmrecht stritt. 1902 trat sie dem Verband für Frauenstimmrecht bei, 1912 wurde sie Vorsitzende des preußischen Landesverbandes. Als Frauen sich ab **1908** politisch betätigen durften, trat sie der „Demokratischen Vereinigung“ bei und wurde in den Vorstand gewählt. 1914 war sie Vorsitzende des Nationalen Frauendienstes in Wilmersdorf.

1919 wurde Regine Deutsch Mitglied der DDP und gehörte von 1922 bis 1925 der Berliner Stadtverordnetenversammlung und von 1925 bis 1933 der Bezirksversammlung Wilmersdorf an. Sie war im Deutschen Staatsbürgerinnenverband Vorstandsmitglied in der Berliner Abteilung. 1929 veröffentlichte sie die Schrift *25 Jahre Weltbund für Frauenstimmrecht*. Ihr Ausschluss als Jüdin aus der Kartei der Reichsschrifttumskammer am 17. März 1935 bedeutete das Berufsverbot. Regine Deutsch starb 1938 in Berlin.

Dokumentation der Frauenwahlrechtsbewegung

Mit ihren Dokumentationen zur politischen Arbeit der weiblichen Abgeordneten in Nationalversammlung und Reichstag, *Die Tat der Frau* und *Parlamentarische Frauenarbeit I+II* schuf Regine Deutsch historische Quellen von hohem Wert, da sie die Netzwerke der Frauen untereinander zu stärken sowie die politischen Parlamente auf Stadt-, Kreis-, Landtags- und Reichsebene zu verbinden versuchte.

In ihren Publikationen betrachtete sie die einzelnen Parlamentarierinnen, ihre Tätigkeiten in Ausschüssen, ihre Kooperationen und thematischen Auseinandersetzungen untereinander – unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Sie wollte „Rechenschaft“ über die Arbeit der Par-

lamentarierinnen geben und ihre demokratischen Leistungen sichtbar machen. Noch zur Wahl am 6. November berichtete Regine Deutsch über die neue Zusammensetzung der weiblichen Abgeordneten im Reichstag, über die „erfahrenen Kolleginnen“ und die zahlreichen neuen, die von deren Rat profitieren könnten und warnte vor der zahlenmäßigen Abnahme der Parlamentarierinnen und der „Sabotage des passiven Wahlrechts“ von Frauen durch die NSDAP. Daraus folge für die Frauen aller Parteien, „recht sorgsam über ihre Rechte zu wachen und darauf zu achten, daß der Fraueneinfluß im Reichstag nicht sinkt, sondern wieder steigt.“ Heute ist das Werk von Regine Deutsch nahezu vergessen, jedoch eine bedeutende zeitgenössische Quelle der parlamentarischen Partizipation von Frauen. Ihre Biografie und ihre Arbeit verweisen präzise auf verschiedene Kontexte und Fragestellungen zum Frauenwahlrecht.

Erinnerungskulturelle Sichtbarkeit von Parlamentarierinnen der ersten Generation

Die Konzentration der Sichtbarmachung von Parlamentarierinnen im öffentlichen Raum liegt auf den Reichstagsabgeordneten, den vermeintlich „Großen“: Marie Juchacz, Marie-Elisabeth Lüders, Adele Schreiber-Krieger, Louise Schroeder, Tony Sender, die in Berlin Gedenktafeln haben, aber einer breiten Öffentlichkeit kaum bekannt sind. Eine andere berühmte Abgeordnete war Clara Zetkin, die als Alterspräsidentin 1932 den Reichstag eröffnete. 1995 wurde ihre Straße rückbenannt in Dorotheenstraße. Begründung der Kommission: Ihre Verdienste als Frauenrechtlerin würden durch ihr kommunistisches Engagement „verdunkelt“. Zu den weniger bekannten zählen Anna Nemitz, Anna von Gierke, Anna Siemsen, Clara Bohm-Schuch. Auffällig: Sie erhielten „Straßennamen unter Niveau“, d.h. sie erhielten einen Weg, Steig oder Pfad.³ Einige Politikerinnen wurden ausschließlich in die Ecke der Bildungs- und Sozialpolitikerin gedrängt, und Mädchenschulen oder Altersheime wurden nach ihnen benannt.

In der „Gedenkstätte der Sozialisten“ werden linke Politikerinnen wie Rosa Luxemburg, Luise Zietz, Martha Arendsee, Lisa Ullrich, Helene Overlach oder Hanna Sandtner erinnert, jedoch nicht in Bezug auf das Frauenwahlrecht oder als Abgeordnete.

Kommunalpolitikerinnen finden sich kaum im Stadtbild: Für Regine Deutsch wurde 2021 eine Gedenktafel beschlossen, die 2023 noch nicht realisiert ist. Nach Maria Jankowski ist ein Park in Köpenick benannt. Die Pohlstraße ist erst seit Kurzem erkennbar nach der Berliner Abgeordneten Ottilie Pohl (USPD/KPD, als Widerstandskämpferin und Jüdin verfolgt und ermordet) benannt.

Kontexte des Frauenwahlrechts

Spuren oder Markierungen hierzu fehlen im Stadtbild. Es geht nicht allein um die Einführung des Frauenwahlrechts **1918**, sondern um das Recht der politischen Teilhabe von Frauen, das einzelne Bausteine und gesellschaftliche Prozesse umfasst. Um nur einige aufzuzählen: die Stimmrechtsvereine, die Arbeiterinnenvereine, den Allgemeinen Deutschen Frauenverein (Vorgängerin des Staatsbürgerinnenverbandes), die Aufnahme der Forderung des Frauenwahlrechts ins Parteiprogramm der SPD 1896, das kommunale Frauenwahlrecht und der Internationale Frauentag. Darüber hinaus ist auch an Aktionen zu erinnern, mit denen sich Frauen aufgrund ihres Ausschlusses aus der parlamentarischen Arbeit vor 1918 für das Frauenwahlrecht einsetzten. Durch Petitionen, mit Tagungen (Frauenkonferenzen der SPD), in Netzwerken, Veröffentlichungen in Zeitschriften (u.a. *Gleichheit*, *Staatsbürgerin*) und Debatten um geeignete parlamentarische Vertretungen (Frauenpartei, Frauenlisten) kämpften sie kontinuierlich und nachhaltig für die politische Partizipation der Frauen.

Heike Stange ist Ausstellungsmacherin und Autorin und engagiert im Netzwerk Frauentouren. Sie arbeitet seit mehr als 20 Jahren zu weiblichen Abgeordneten und ihren Biografien. 2018 war die von ihr und Claudia von Gélieu kuratierte Ausstellung „Kampf um Heut und Morgen. 100 Jahre Frauenwahlrecht“ in der Schwartzschen Villa zu sehen.

1 Eine systematische Untersuchung steht aus.

2 Vgl. Heike Stange/Rita Wolters, „Die Frau als gleichberechtigte und freie Staatsbürgerin neben dem Manne“ – Die Parlamentarierinnen von Nationalversammlung und Reichstag und ihre Netzwerke, in: „Vorhang auf!“ – Frauen in Parlament und Politik. Hg. Tobias Kaiser/Andreas Schulz, Düsseldorf: Droste 2022, S. 353–371.

3 Vgl. den gleichnamigen Beitrag von Gisela Hahn, in: Sackgassen. Keine Wendemöglichkeit für Berliner Straßennamen. Hg. Berliner Geschichtswerkstatt, Berlin-West: Dirk Nishen 1988, S. 56–57.

1968 – Revolte oder Demokratisierung?

Der zweite Round-Table fand am 25. Mai 2023 im Museum Lichtenberg statt und widmete sich dem Gedenken an das Jahr 1968. Bereits zu Beginn des Workshops stellten die Teilnehmenden fest, dass sich die öffentliche Erinnerung an die Ereignisse um 1968 fast ausschließlich aus westdeutschen Perspektiven zusammensetzt. Zudem dominieren heteronormative Narrative die Erinnerung.

Ostdeutsche Erinnerung an 1968

Stefan Wolle vom DDR Museum gab einen Impuls über das Jahr 1968 in Ost-Berlin. In Ost-Berlin kam es – wie auch in West-Berlin – zu Protesten gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei. Diese wurden jedoch schnell von der Regierung gewaltsam unterdrückt oder inhaltlich vereinnahmt. Es gab eine sehr komplexe Gemengelage aus Forderungen von Maoisten, Trotzlisten und Reformgruppen, die eine Erzählung der Proteste kompliziert werden lässt. Dieses wenig bekannte Kapitel der Berliner Demokratiegeschichte ist insofern besonders, als sich fast alle Proteste und Reformbestrebungen in Ost-Berlin innerhalb des real existierenden Sozialismus bewegten und diesen nicht grundsätzlich in Frage stellten. „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ war das Stichwort, das besonders die junge Generation Ost-Berlins bewegte.

Wo findet queeres und migrantisches Gedenken statt?

Ein weiterer Impuls wurde von Demokratietrainer:in Sherin Striewe zum Thema „Multiperspektivische Vermittlung von Demokratiegeschichte im Stadtraum“ geliefert. Neben der ostdeutschen Perspektive finden sich auch eine queere und migrantische Sicht auf 1968 in der Erinnerungsarbeit kaum wieder. Im Rahmen der internationalen Proteste erfolgte eine Vernetzung von queeren Communities im globalen Kontext. Außerhalb von explizit queeren Orten in Berlin ist diese Bewegung in Bezug zu 1968 kaum repräsentiert. Es braucht eine stärkere Einordnung von historischen Orten und Ereignissen im globalen beziehungsweise transnationalen Kontext, um zum Beispiel migrantische oder queere Perspektiven nachvollziehbar und zugänglich werden zu lassen. Demokratiegeschichte muss als gesellschaftlicher Prozess, der zwischen sozialen Gruppen ausgehandelt wird, erzählt werden.

Wie kann eine zeitgemäße Bildungsarbeit zu 1968 aussehen?

In der gemeinsamen Diskussion mit den Teilnehmenden entstand die These, dass die demokratiegeschichtliche Vermittlung von Ost-Berlins Vergangenheit eine Weiterentwicklung brauche, um kontinuierlich neue Inhalte aufnehmen zu können. Hierfür seien physische Verortungen im Stadtraum wie Gedenktafeln und Monumente weniger geeignet als performative Formate. Befürwortet wurde partizipatives und projektbasiertes Lernen, bei dem das erlernte Wissen eigenständig mitrecherchiert und -entwickelt wird. Das sei hilfreich bei der historisch-politischen Vermittlung, insbesondere für junge Menschen.

Für marginalisierte Perspektiven gilt häufig, dass das allgemeine Vorwissen über die Kontexte so gering ist, dass deren Vermittlung mehr Zeit und Raum erfordert. Demokratiegeschichtliche Bildung benötigt einen transformativen Vermittlungsansatz, der nicht nur auf die Erweiterung von Wissen ausgelegt ist, sondern zur Reflexion über persönliche und Gruppenidentitäten anregt und erlernte soziale und historische Deutungsmuster in Frage stellt.

Problematisch ist oft das fehlende Archivwissen, was der Auslöser für das Projekt „Versammeln antirassistischer Kämpfe“ war, eine Kooperation zwischen der Georg-August-Universität Göttingen, der Fachhochschule Kiel, dem Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland sowie dem FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum. Es trägt die antirassistische Widerstandsgeschichte in Ost- und West-Deutschland zusammen.¹

Neben dem „Grabe, wo du stehst“ müsse es auch ein „Frage, wo du stehst“ geben. Für Orte und Ereignisse, die hinsichtlich marginalisierter Perspektiven noch nicht ausreichend erforscht sind, bedarf es eines Dialogs über strukturelle Unsichtbarkeiten. Das Nicht-Vorhandensein akademisch archivierten Wissens muss einerseits als Bedarf für die Zukunft, andererseits als Verweis auf historische strukturelle Diskriminierung thematisiert werden.

Ausblick

Der Round-Table endete mit vielen offenen Fragen. Einerseits gab es Überlegungen, wie Leerstellen, an denen marginalisierte Perspektiven in der Mehrheitserzählung fehlen und noch nicht ausreichend erforscht sind, gefüllt werden können. Dann die Frage nach der Verantwortung für die Einbindung von marginalisierten Perspektiven in die Erinnerungskultur: Etablierte historisch-politische Institutionen verfügen zwar über operative und finanzielle Ressourcen, aber in der Regel nicht über eine diverse personelle Zusammenstellung – bei marginalisierten Initiativen und Einrichtungen ist es häufig umgekehrt. Wie kann hier eine Kooperation auf Augenhöhe gelingen? Die Bereitstellung von Ressourcen durch eine Verankerung des Themengebiets in der kulturellen Förderlandschaft ist dafür essentiell. Beim Gedenken an 1968 könnte eine zentrale Anlaufstelle – als Lernort, Archiv oder Ähnliches – das Vorhaben zur Vermittlung der Demokratiegeschichte stützen. Vorgeschlagen wurde das Clubhaus der Freien Universität Berlin, insbesondere aufgrund der Anbindung zu universitären Ressourcen.

¹ Ver/Sammeln antirassistischer Kämpfe: <https://versammeln-antirassismus.org/>, 07.12.23.

1989 – Demokratie für alle?

Der dritte und letzte Round-Table fand am 22. Juni 2023 im Stadtgeschichtlichen Museum Spandau statt und widmete sich dem Jahr 1989 und der Frage von Ausschlüssen in der Geschichtserzählung der Wendezeit. Ebenso wie beim Round-Table zu 1968 stellten die Teilnehmenden fest, dass sich das öffentliche Gedenken an die Ereignisse rund um 1989 fast ausschließlich aus westdeutschen beziehungsweise „Mainstream“-Perspektiven zusammensetzt. Das Ende der DDR wird weniger als Ergebnis der friedlichen Revolution, also eines gesellschaftlichen Prozesses, wahrgenommen, sondern mehr als Versagen des „sozialistischen Experiments“ der DDR.

Eine Impulsgeberin war Juliane Haubold-Stolle von der Stiftung Berliner Mauer, die zum Thema „Perspektiven am Ort des Aufbruchs“ referierte. Sie stellte klar, dass neben Perspektiven von ehemaligen DDR-Bürger:innen vor allem (post-)migrantische und marginalisierte Beiträge in der Erinnerungskultur fehlen. Und dies, obwohl seit Jahren von Forschenden versucht wird, diese stärker in den öffentlichen Blick zu bringen. Hierbei ist wichtig zu beachten, dass für (post-)migrantische Akteur:innen zumeist weniger das demokratische Aufbruchereignis eine wichtige Rolle in der Erinnerung spielt, als die rassistischen und ausländerfeindlichen Übergriffe sowie rechte Gewalt, die im Nachzug dieser Ereignisse geschahen.

Wie können wir erinnern - unterstützt durch digitale Tools?

Miriam Menzel von der Alfred Landecker Foundation gab einen Impuls zum Thema „Digital Erinnern (nicht nur) an 1989“. Der digitale Raum bietet gute Grundvoraussetzungen für erinnerungskulturelle Formate und historische Vermittlung. Die Arolsen Archives stellen in der Studie *Die Gen Z und die NS-Geschichte: hohe Sensibilität und unheimliche Faszination* fest, dass Jugendliche im digitalen Raum überwiegend Social Media und Youtube als Plattformen für historisches Lernen nutzen.¹ Als digitale Trends, auch im erinnerungskulturellen Bereich, wurden folgende benannt: Geocaching, Actionbound, Experimente in Metaverse, digitale Spiele, Mixed Media/Mixed Reality und Prebunking.²

Auch das Gedenken an den Mauerfall wird digital aufgearbeitet. Für die East Side Gallery wurden ganz unterschiedliche Erinnerungen von 76 beteiligten Künstlerinnen und Künstlern aufbereitet und auf der Website www.eastsidegalleryausstellung.de als gut gegliederte Videos für die Erinnerungsarbeit bereitgestellt.

Analog vs. Digital?

Digitale Formate funktionieren idealerweise über eine direkte Ansprache des Publikums, hierbei ist persönliches Auftreten wichtig. Dies schafft Klarheit darüber, wer die Botschaft sendet, und weckt Offenheit beim Publikum. Im Vergleich zu analogen Angeboten bieten digitale Formate mehr Optionen zur Vermeidung von Barrieren. Sie sind überall zugänglich und können einfacher überarbeitet und weiterentwickelt werden. Analoge Formate haben einen Vorteil bei der Nutzung durch Gruppen und zur konkreten Erfahrung von Orten. Bildungsformate sollten idealerweise von Anfang an digital und analog zugleich konzipiert werden, damit inhaltliche Schwerpunkte an den Vor- und Nachteilen beider Varianten ausgerichtet werden können.

Können digitale Formate fehlende Perspektiven ergänzen?

Die herrschende deutsche und national ausgerichtete Geschichtserzählung der Mehrheitsgesellschaft aufzubrechen ist aufwändig. Es reicht nicht, marginalisierte Perspektiven zu „ergänzen“. Für die Entwicklung einer Erzählung der Berliner Demokratiegeschichte, die auf differenzierten Zugängen und vielfältigen Erfahrungen fußt, ist es wichtig, diverse Perspektiven direkt von Beginn an abzubilden. Diese Einbindung muss auf gegenseitigem Vertrauen zwischen etablierten Institutionen und marginalisierten Personen und Gruppen basieren – dies erfordert Zeit und Ressourcen, wobei Outreach-Formate hilfreich sein können.

Als Beispielprojekt verwies Miriam Menzel auf das „Wien Geschichte Wiki“, ein Community-basiertes Wissensportal, das die Beiträge geschichtswissenschaftlicher Expert:innen mit denen der Öffentlichkeit verbinden soll.³ Die Beiträge können öffentlich ergänzt werden. Eventuell wäre ein co-kreativer Ansatz auch für die Aufarbeitung und Vermittlung von Demokratiegeschichte in Berlin geeignet.

Künstlerische und kreative Formate an historischen Orten der Demokratiegeschichte bieten die Möglichkeit einer politischen Erzählung direkt aus der Perspektive von Betroffenen. Die kulturelle Nachnutzung von Orten der historischen Unterdrückung, wie beispielsweise der East Side Gallery, können für Betroffene auch Momente der Überwindung und Ermächtigung erzeugen. Es stellt sich die Frage, ob in Berlin weitere Orte auf diese Art nutzbar gemacht werden könnten. Benötigt die öffentliche Erinnerungskultur stärkere Querverweise zwischen einzelnen historischen Orten, um einen übergeordneten Kontext und eine kohärente Gesamterzählung zu erstellen? Einige Orte befinden sich am Stadtrand und sind deshalb weniger besucht oder wirken eher „unspektakulär“, wie zum Beispiel das Notaufnahmelager Marienfelde. Ein weiteres Ziel der Bildungsarbeit muss es also sein, diese Orte am Stadtrand stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und dafür geeignete Maßnahmen zu entwickeln.

- 1 Arolsen Archives: https://arolsen-archives.org/content/uploads/studienergebnisse-gen-z-ns-zeit_arolsen-archives.pdf, 07.12.23.
- 2 Die Website <https://inge.storyfile.com> (Metaverse) bietet eine AI-basierte Konversation mit der Holocaust-Überlebenden Inge Auerbach. Am 7. und 8. Juli 2023 findet das zweite Barcamp zu Digitalisierung der Arbeit in Gedenkstätten in Dachau statt, dessen Ergebnisse anschließend online verfügbar sein werden. Der Dokumentarfilm „Duvarlar – Mauern – Walls“ stellt die Situation und Perspektive türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten auf den Mauerfall und die Jahre danach dar. Actionbound Bochum <https://de.actionbound.com/bound/erinnerung-bochum> ist eine digitale Stadtteil-Rallye in der Bochumer Innenstadt entlang wichtiger Erinnerungsorte.
- 3 Wien Geschichte Wiki: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Wien_Geschichte_Wiki, 07.12.23.

Fachtagung

„Demokratische Aufbrüche differenziert erforschen, digital dokumentieren und anschaulich im Stadtraum erinnern“

um Abschluss des Projekts fand am 12. Oktober 2023 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand die Fachtagung „Demokratische Aufbrüche differenziert erforschen, digital dokumentieren und anschaulich im Stadtraum erinnern“ statt. Akteur:innen der historisch-politischen Bildungsarbeit und Historiker:innen blickten kritisch auf Erzählungen der Demokratiegeschichte in Berlin. Dabei wurde gefragt, wer wann in Berlin um demokratische Rechte kämpfte, und gegen welche Widerstände. Welche demokratischen Aufbrüche sind öffentlich sichtbar und bekannt und welche nicht? Wie kann Demokratiegeschichte im Stadtraum multiperspektivisch, zugänglich und differenziert sichtbar gemacht werden?

Zur Eröffnung der Fachtagung bezog sich Anja Witzel von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung auf den Rechtsruck in der Gesellschaft und verwies auf die von der Friedrich Ebert Stiftung herausgegebene Studie *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Die Mehrheit der Befragten in Deutschland stehe zwar hinter der Demokratie, doch bröckele der Bestand dieser Mehrheit. Über alle Dimensionen der Befragung hinweg stimmen deutlich mehr Befragte als in den vergangenen Jahren rechtsextremen Einstellungen zu. So pflichteten 34 Prozent der Aussage bei: „Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren.“ Also eine Tendenz zur Entsolidarisierung. Junge Erwachsene (18 bis 24 Jahre) verfügen mit zwölf Prozent am häufigsten von allen Altersgruppen über ein rechtsextremes Weltbild und 50 Prozent fordern, „dass das deutsche Volk seine Stärke zeigt“ und „Deutschland zuerst die eigenen Interessen durchsetzt“. Anja Witzel schließt daraus:

Was können wir also tun? Wir Menschen, die im Bereich der Bildung, der Forschung, der Kultur und des Aktivismus arbeiten, können einiges tun. Wir können in unseren Bildungsformaten gemeinsame Erfahrungen ermöglichen, von Zusammengehörigkeit, in aller Pluralität. Wir können täglich bewusst ein demokratisches Miteinander praktizieren, Kritik und Streit einüben. Wir können mit unseren Publikationen und Forschungen mitschreiben an einer sinnvollen Geschichte der demokratischen Gesellschaft, die es wert ist, weitergeführt zu werden. Wir können, auch wenn das jetzt vielleicht etwas pathetisch klingt – de-

mokratische Ideale feiern und verteidigen, wir können Zuversicht verbreiten und Lust auf mehr statt weniger Demokratie machen. Und deshalb macht die Arbeit, die vor sechs Jahren begann, heute sogar noch mehr Sinn als damals.

Wichtige Arbeit leistet in diesem Feld bereits die bundesweit agierende AG Orte der Demokratiegeschichte, die Dennis Riffel (Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.) in einem Input vorstellte.¹ Er machte unter anderem deutlich, dass die AG nicht nur lokal verstandene, sondern auch symbolische Orte in ihre Arbeit einbezieht.

Demokratiegeschichte im Stadtraum aufzeigen, das war auch der Antrieb von Prof. Dr. Ingo Juchler, der in einem Inputvortrag die Entwicklung der demokratiegeschichtlichen Meilensteine und die damit verbundenen Orte in Berlin vorstellte. Ausgangspunkt für seine Arbeit war die Feststellung, dass Studierende eher die Orte der Diktaturgeschichte kennen würden als die der demokratischen Entwicklung, wobei „diese außerschulischen politischen Lernorte“, wie er sie nennt, in situ, also vor Ort erfahrbar seien. Für seine Studierenden ermittelte er 48 Orte in Berlin, die Demokratiegeschichte erzählen und teilweise schon mit einer Gedenktafel oder Stele markiert sind.

Natalie Bayer (Friedrichshain-Kreuzberg FHXB Museum) arbeitete in ihrem Input heraus, dass es nicht genüge, die „Meilensteine der Demokratiegeschichte“ um bislang fehlende Perspektiven zu erweitern. Sie betonte, dass Jahreszahlen keine Erweiterung ermöglichen, da alles, was herausfalle, als „Störung“ gesehen werde. Es reiche nicht aus, auf die bestehende Geschichtserzählung die bislang marginalisierten Perspektiven „draufzuschichten“, sondern wir müssten die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte und die damit verbundene historisch-politische Bildungsarbeit grundsätzlicher kritisch in Frage stellen.

„Demokratische Ideale feiern und verteidigen“ heißt auch, eine Bestandsaufnahme unseres Demokratieverständnisses zu erarbeiten. Im Projekt „Demokratische Aufbrüche“ stellten wir immer wieder fest, dass die Geschichtserzählung sowie die Realpolitik von Ausschlüssen geprägt sind. Wenn wir demokratische Ideale feiern wollen, müssen diese Ausschlüsse zwangsläufig aufgearbeitet und überwunden werden.

An diese Gedanken anknüpfend fanden im Anschluss an die Inputvorträge fünf Workshops statt, deren Inhalte im Folgenden zusammengefasst werden. Der Fachtag endete mit einem Ausblick auf die weitere Zusammenarbeit, der ebenfalls in dieser Broschüre dokumentiert ist.

¹ AG Demokratiegeschichte: <https://demokratie-geschichte.de/>, 07.12.23.

MIGRANTISCHE PERSPEKTIVE AUF DIE ERINNERUNGSKULTUR

Ein Problemaufriss

Von Dr. Patrice G. Poutrus

In der Öffentlichkeit und in wissenschaftlichen Publikationen wird in letzter Zeit wieder gefordert, dass eine migrantische Perspektive in die bundesdeutsche Erinnerungskultur aufgenommen werden sollte. Allerdings ist die migrantische Bevölkerung hierzulande eine sehr heterogene Gruppe mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen hinsichtlich der Migrationswege, Statusgewährungen und Integrationserfahrungen in Deutschland.

Schon deshalb ist es zweifelhaft, dass beobachtete soziologische feststellbare Ähnlichkeiten bei abstrakten Großgruppen zu etwas wie einer homogenen Erinnerungsgemeinschaft führen würde, beziehungsweise auf einen Nenner gebracht werden können und diese dann auch noch in die kritikwürdige bundesdeutsche Erinnerungskultur aufgenommen werden können.

Welche Schwierigkeiten sich aus der Idee einer öffentlichen Vergemeinschaftung von Erinnerung ergibt, zeigten meine eigenen Forschungen zu Familienerinnerungen in Ostdeutschland. Dabei besteht nicht selten eine Dissonanz zwischen dem öffentlichen Geschichtsbild und dem privaten Familienerinnerungen, die auch die aktuellen feuilletonistischen Debatten prägt: Während im Schulunterricht, in Gedenkstätten und in politischen Reden vor allem die repressiven Aspekte der DDR-Herrschaft hervorgehoben werden, spielen im privaten Gedächtnis meist die alltäglichen Lebenserfahrungen eine Rolle, die oft positiv erinnert werden.

Identität und Familie

Einer affirmativen Würdigung der Überwindung des DDR-Unrechtsstaates und der deutschen Einheit durch Politik und Publizistik stehen vielfach kritische private Bewertungen des deutschen Vereinigungsprozesses gegenüber. Dabei spielen nicht nur unterschiedliche Erfahrungsperspektiven und damit verbundene Werturteile, sondern auch unterschiedliche Plausibilitätskriterien und Geltungsansprüche eine Rolle.

Familienerinnerungen stabilisieren auf ihre Weise die Identität der Familienmitglieder und der Familie als Gruppe. Erinnerungskonflikte zwischen privater Erinnerung und offizieller Erinnerungskultur tangieren daher nicht nur die Bewertung vergangener Ereignisse selbst, sondern stellen auch die Funktionsweisen der privaten Erinnerung und damit die innerfamiliäre Selbststabilisierung in der Gegenwart in Frage.

Kann öffentliches und privates Erinnern getrennt werden?

Allein schon deshalb stellt sich die Frage, ob nicht zwischen individuellem Erinnern und kollektivem beziehungsweise öffentlichem Gedenken an Gedenktagen, Gedenkstätten oder in Gedenkortern unterschieden werden sollte. Diese Unterscheidung ist nicht allein eine semantische Feinheit, sondern sucht zu vermeiden, die Differenz zwischen persönlicher Erfahrung und öffentlicher Geschichtsdarstellung zu verwischen beziehungsweise zu essentialisieren. Die Homogenisierung von individuellen Erinnerungen in ein vermeintlich kollektives Gedächtnis wird von vielen Zeitzeug:innen nicht nur als Überwältigung wahrgenommen, sondern verstellt auch den Blick auf die intentionale Seite öffentlichen Gedenkens.

Wo wollen wir hin?

Dabei macht es einen bedeutsamen Unterschied, ob das Ziel von Gedenkkultur die mythologisierte Formierung einer nationalen Gemeinschaft oder die gesellschaftliche Aushandlungen eines demokratischen Grundkonsenses sein soll. Ich plädiere für Letzteres, denn nach meiner Auffassung ist es nur so möglich Minderheiten, wie zum Beispiel Migrant:innen oder auch Ostdeutsche, in eine demokratische Gedenkkultur einzubeziehen.

Allerdings bedeutet dies nicht, dass damit die Konflikte um eine demokratische Gedenkkultur hierzulande beendet wären. Es geht nicht nur um eine neue Vielfalt in der bundesdeutschen Gedenkkultur. Vielmehr wäre es gerade im Interesse eines integrativen oder offenen Ansatzes zu fragen, welche Elemente der vordemokratischen deutschen Gedenkkultur können unter dieser Prämisse fortbestehen, wenn sie doch chauvinistische, imperiale und menschenfeindliche Geschichtsbilder fortschreiben.

Dr. Patrice G. Poutrus ist Historiker mit den Schwerpunkten deutsche Zeitgeschichte nach 1945, insbesondere DDR-, Wirtschafts- und Sozial-, sowie Migrationsgeschichte. Derzeit ist er Gastprofessor am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der Technischen Universität Berlin.

DEMOKRATISCHE SELBSTVERWALTUNGEN

IN BERLIN

Schlaglichter aus der Geschichte der (Haus-)Besetzungen

Von Jessica Eitelberg

Die Geschichte der (Haus-)Besetzungen in Berlin ist lang und divers. Viele Projekte basierten auf Demokratie und Selbstverwaltung und erprobten alternative Ansätze der gemeinschaftlichen Organisation. Im folgenden Text werden einige der Projekte vorgestellt.

Republik Barackia

Eine der ersten bekannten Besetzungen war die Republik Barackia im Jahr **1872**. Kurz nach der Industrialisierung (ab 1850) explodierten die Bevölkerungszahlen in Berlin (von 278.000 im Jahr 1862 zu 824.000 in 1872) und es gab eine große Wohnungsnot. Aus den damals rund 13.000 Obdachlosen fanden sich 163 Familien zusammen, die ein Kartoffelfeld vor dem damaligen Cottbusser Tor, wo heute das Planufer liegt, besetzten. Dort lebten sie von April bis Oktober 1872. Sie bauten zusammen Hütten, gruben Brunnen und hielten die Straßen ihrer Republik gemeinsam in Schuss. Wegen fehlender Bauanträge für die Bretterbuden wurde schließlich von den städtischen Autoritäten der Abriss verfügt.¹

Katholisches Studentenwohnheim Wilhelm-Weskamm-Haus

Die Bewohner:innen des katholischen Studentenwohnheims Wilhelm-Weskamm-Haus in Charlottenburg forderten schon seit 1966 mehr Mitbestimmung. Der Vereinsvorstand lehnte diese Forderung ab. Gleichzeitig waren die Mieten in Folge gravierender Mängel in der Wirtschaftsführung sehr hoch. Die Bewohner:innen traten im Mai **1969** in den Mietstreik. Als der Vorstand keine Einsicht zeigte, besetzten sie das Heim. Sie erarbeiteten ein Organisationsstatut, entwickelten soziale Programme und stellten eine eigene Heimverwaltung auf. Am 8. September 1969 wurde das Wohnheim geräumt.²

Georg-von-Rauch-Haus

Am 8. Dezember **1971** besetzten rund 600 Menschen das leerstehende Martha-Maria-Schwesternwohnheim des ehemaligen Krankenhauses Bethanien am Mariannenplatz 1a in Kreuzberg und taufte es in Georg-von-Rauch-Haus um. Die Besetzung fand im Anschluss an ein Konzert der Band „Ton Steine Scherben“ im Rahmen eines studentischen Teach-Ins anlässlich der Ermordung des Anarchisten und Mitglied der militanten „Blues“, Georg von Rauch, im Audimax der Technischen Universität Berlin statt.³

In das Georg-von-Rauch-Haus zogen Jungarbeiter:innen, Schüler:innen, Trebegänger:innen und Lehrlinge mit Unterstützung der Basisgruppe für Heim und Lehrlingsarbeit ein. Ihr Alltag war selbstorganisiert. Sie stellten einen Infodienst zusammen, der die Schüler:innen und Arbeitenden morgens weckte. Das gemeinsame Frühstück organisierte der Küchendienst. Der Wirtschaftsausschuss sammelte jeden Monat Geld für Reinigungsmittel und Essen sowie für das Schulgeld der Schüler:innen. Das Georg-von-Rauch-Haus gibt es noch – es gilt als das längste, legalisierte ex-besetzte Haus in Berlin.⁴

Besetzungen in West-Berlin

Ausgelöst durch massenhaften Leerstand und Verfall von Bausubstanz, Abriss und Spekulation wie auch durch das Zusammenwirken verschiedener politischer, sozialer und (sub)kultureller Bewegungen (Punks, Autonome, FrauenLesben, Ökologie-Bewegung, etc.) wurden **von 1979 bis 1984** insgesamt 287 Häuser besetzt. In den 170 gleichzeitig besetzten Häusern lebten mehr als 5.000 Menschen.⁵

Die Besetzungen fanden hauptsächlich in Kreuzberg und Schöneberg statt. Die Besetzer:innen kämpften um „die eigene Teilnahme, Politik der ersten Person“ sowie „ein selbstbestimmtes Leben in allen Bereichen“.⁶ Alle Themen des Zusammenlebens wurden in Räten und Plena besprochen und bestimmt. Die Entscheidungsfindung sollte möglichst hierarchiefrei ablaufen. Modelle variierten von der direkten Demokratie bis hin zum Konsensprinzip, bei dem sämtliche Entscheidungen nur nach Zustimmung oder Enthaltung (ohne Veto) durch alle Beteiligten getroffen werden.

Lange Entscheidungsprozesse wurden in Kauf genommen, um Konsens oder demokratische Einigungen zu erzielen, beispielsweise wurde über Wochen hinweg der Zugang zu Strom diskutiert. Ein Zeitzeuge: „Nächster Besetzerrat, mein Vorschlag: Wir melden alle Zähler auf einen Namen an. Das macht den Zusammenhalt deutlicher, ein Mensch hat im Zweifelsfall dann eben kein Geld. Als ich meinen Allerweltsnamen anbot, gab es erleichterte Zustimmung.“⁷ Im Zuge der Politik der CDU, insbesondere nach dem Sieg bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Mai 1981, wurden an die 100 Häuser legalisiert und der Rest geräumt.

Stille Straße 10 in Pankow

Ab dem 29. Juni **2012** besetzten 340 Senior:innen 112 Tage lang ihre Freizeitstätte in der Stillen Straße 10 in Pankow. Der Bezirk hatte die 52.000 Euro pro Jahr für die laufenden Kosten nicht mehr aufbringen wollen. Am Anfang ging es den Senior:innen um ihre Begegnungsstätte, mit der Zeit aber entwickelte sich ein politisches Bewusstsein. Sie wollten gemeinsam ein Zeichen setzen gegen die Schließung kultureller, sozialer, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen. Am 18. Oktober 2012 beschloss der Bezirk, den Senior:innen einen Nutzungsvertrag zu geben.⁸ Bis heute wird die „Begegnungsstätte für Jung und Alt“ in der Stillen Straße 10 vom Förderverein Stille Straße 10 e.V. ehrenamtlich selbstverwaltet.

Jessica Eitelberg ist Teil des Stadtführungskollektivs „Rebellisches Berlin“ und hat das gleichnamige Buch beim Verlag Assoziation A mitherausgegeben.

- 1 Vgl. Mondieu, Joseph (2021): Häuserkämpfe 1872-1933, in Gruppe Panther & Co. (Hg.) Rebellisches Berlin: Expeditionen in die untergründige Stadt, Berlin, S. 133-145, hier S. 136-137
- 2 Vgl. azozomax (2021): Das ist unser Haus ... ihr kriegt uns hier nicht raus: Besetzungen von 1969-2020, in Gruppe Panther & Co. (Hg.) Rebellisches Berlin: Expeditionen in die untergründige Stadt, Berlin, S. 72-119, hier S. 74.
- 3 Vgl. azozomax, Das ist unser Haus, S. 75-76.
- 4 Vgl. azozomax, Das ist unser Haus, S. 76; Vgl. Ringo (2021): Das Georg-von-Rauch-Haus, in Gruppe Panther & Co. (Hg.) Rebellisches Berlin: Expeditionen in die untergründige Stadt, Berlin, S. 120-133, hier S. 129.
- 5 Vgl. azozomax, Das ist unser Haus, S. 77-78, 87.
- 6 Vgl. radikal (August 1981) in azozomax, Das ist unser Haus, S. 72, 84.
- 7 Vgl. A. G. Grauwacke (2003) Autonome in Bewegung, Berlin, S. 52.
- 8 Vgl. azozomax, Das ist unser Haus, S. 111-112.

DEMOKRATISCHE TEILHABE VON SINTI:ZZE UND ROM:NJA IN DEUTSCHLAND

Im Folgenden werden von der Projektleitung einige Schlaglichter aus dem Workshop „Demokratische Teilhabe von Sinti:zze und Rom:nja“, den Hajdi Barz vom RomaniPhen Archiv am 12. Oktober 2023 gegeben hat, aufgeführt. Weitere Inhalte und Bildungsmaterialien finden sich auf der Website des Archivs.¹

1971

Das Jahr 1971 gilt als wichtiger Zeitpunkt der transnationalen Geschichte von Sinti:zze und Rom:nja. In diesem Jahr fand in London der Weltromakongress statt. Abgesandte aus 18 Ländern trafen sich und einigten sich auf eine gemeinsame Hymne, eine Flagge und die Standardisierung des Romanes, die besagt, dass alle Dialekte erhalten bleiben. Zudem wurde die Selbstbezeichnung „Roma“ statt der rassistischen Fremdbezeichnung gewählt. Auf diesen Kongress geht der 8. April, der International Roma Day, zurück.

1980

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die sogenannte „Zweite Verfolgung“ von Sinti:zze und Rom:nja, ihr Status als Opfer des Faschismus wurde nicht anerkannt. Im April 1980 traten zwölf Sinti, unter ihnen Überlebende des Porajmos, auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau in einen Hungerstreik. Zentrale Forderungen waren die Anerkennung des NS-Völkermords an den Sinti:zze und Rom:nja durch die Bundesregierung, die sofortige Beendigung der polizeilichen Sondererfassung, sowie die Herausgabe der NS-Akten aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, die im Bayerischen Landeskriminalamt weiterhin verwendet worden waren.

1982

Erst 1982 wurde der Genozid an Sinti:zze und Rom:nja während des Nationalsozialismus als rassistische Verfolgung anerkannt. Im gleichen Jahr gründete sich der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.

2012

Nach jahrzehntelangen Kämpfen wurde 2012 das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma im Tiergarten eingeweiht. Der Prozess war von kontroversen Diskussionen geprägt. Neben dem Kampf um die Anerkennung einer Notwendigkeit für dieses Denkmal wurde dabei deutlich, dass die Mehrheitsgesellschaft der Minderheit keine demokratische Pluralität von Meinungen zugestand, sondern eine schwer herzustellende Einigkeit abverlangte. Dies wurde insbesondere bei der Diskussion um die Benennung des Denkmals deutlich.

¹ RomaniPhen Archiv: <https://www.romnja-power.de/wissensarchiv/>, 07.12.23.

MIT BEHINDERUNGEN MUSS

GERECHNET WERDEN!

Die Behindertenbewegung in Ost- und West-Deutschland

Von Dr. Martin Theben

Der westdeutsche historische Blick auf Menschen mit Behinderungen war lange Zeit dadurch geprägt, dass sie allein als passive Opfer wahrgenommen und entsprechend rezipiert wurden. Dies zeigt beispielsweise die historisch wissenschaftliche Reflektion der „Euthanasie“-Morde oder aber die Rezeption des Contergan-Skandals. Die Opfer der NS-„Euthanasie“ blieben lange Zeit tatsächlich und rechtlich unsichtbar und wurden erst **1994** im Grundgesetz erwähnt. Das T4-Denkmal entwickelte sich sehr spät — im Jahr **2014** — zu einer offiziellen Gedenkstätte. Die Opfer des Contergan-Skandals erhielten erst mit der Diskussion um die Verbesserung der Entschädigungsleistungen Mitte der 2000er-Jahre Gesicht und Stimme.

Erster Wandel in den 1970er-Jahren

Das Verständnis von Menschen mit Behinderungen als passiv änderte sich allmählich in den 1970er-Jahren. In der Bundesrepublik und in West-Berlin schlossen sich Menschen mit Behinderungen in sogenannten Krüppelgruppen zusammen. Außerdem wurden Volkshochschulkurse ins Leben gerufen, in denen erste Formen des aktiven Widerstandes wie etwa die Blockierung von Straßenbahnen eingeübt wurden. Eine Brückenfunktion nahm hier der Publizist und Historiker Ernst Klee ein. Erlangte er zunächst Bedeutung durch seine grundlegenden Arbeiten zu den „Euthanasie“-Morden, gründete er 1973 gemeinsam mit dem behinderten Aktivistin Gusti Steiner den ersten solchen Volkshochschulkurs in Frankfurt am Main. Außerdem brachte er mit seinen Büchern *Behindertenreport* und *Behindertenreport II* die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderungen und ihre tagtägliche Ausgrenzung einer breiten Öffentlichkeit zu Bewusstsein.

Die Initialzündung für eine breite und nachhaltige Behindertenbewegung, die sich damals ganz programmatisch Krüppelbewegung nannte, erfolgte dann durch das sogenannte Frankfurter Behindertenurteil **1980** und die Proteste aus Anlass des Internationalen UNO-Jahres der Behinderten **1981**. Die offiziellen Veranstaltungen wurden unter dem Motto „Jedem Krüppel seinen Knüppel!“ medienwirksam gestört. Menschen mit Behinderungen, und hier vor allem auch Frauen mit Behinderungen wie Theresia Degener, entwickelten eine eigene politische Identität.

Die Behindertenbewegung in der DDR

In der DDR war aufgrund des staatlichen Repressionssystems die Entfaltung eines demokratischen Widerstandes von Menschen mit Behinderungen nicht möglich. Es gab zwei anerkannte Behindertenverbände der Gehörlosen und der Sehbehinderten beziehungsweise Blinden. Andererseits profitierten auch Menschen mit Behinderungen von den systembedingt engen sozialen Sicherungssystemen wie etwa einer Invalidenrente. Eine Ausnahme bezüglich möglichen Widerstandes spiegelt sich im Leben des Matthias Vernaldi wider. Dem Theologen gelang es **1978** dem staatlichen beziehungsweise kirchlichen Aussonderungssystem zu entkommen und gemeinsam mit Gleichgesinnten und Unterstützer:innen ohne Behinderung im thüringischen Hardtroda auf einem alten Pfarrhof eine Landkommune zu gründen – allerdings, wie sich bald herausstellte, auch unter sehr kritischer Beobachtung des Ministeriums für Staatssicherheit. Matthias Vernaldi wurde dort als „OP Vorgang Parasit“ geführt. Nach der Wende setzte er sich für das Recht auf Persönliche Assistenz und die sexuelle Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen in Heimen ein. Matthias Vernaldi verstarb im März 2020.

Vereinnahmungstendenzen und Zusammenschluss nach der Wende

Nach der Wende entwickelte sich eine eigene ostdeutsche Behindertenbewegung, die sehr stark in Verbandsstrukturen organisiert war. Aufgrund der Furcht vor Verlusten der in der DDR wahrgenommenen beziehungsweise tatsächlich erlebten sozialen Sicherheit, brachten diese eine neue soziale Frage in die gesamtdeutsche Behindertenbewegung mit ein. Außerdem musste man sich auch dort mit dem Problem der Stasi-Vergangenheit oder westdeutschen Vereinnahmungstendenzen auseinandersetzen. Die etablierten großen westdeutschen Behindertenverbände versuchten – vergebens – die Gründung des Allgemeinen Behindertenverbands in Deutschland (ABiD e.V.) zu verhindern. Der neue Verband stellte unliebsame Konkurrenz im Kampf um politische Teilhabe und finanzielle Zuwendungen dar.

Inspiziert durch den *Americans with a disability act* entwickelte sich innerhalb der nunmehr gesamtdeutschen Behindertenbewegung die immer stärker werdende Forderung nach Zuerkennung tatsächlicher und durchsetzbarer Rechte. Der Höhepunkt war hier der politische Kampf für eine Ergänzung des Grundgesetzes um ein Benachteiligungsverbot. Hier folgte dann auch der Zusammenschluss zwischen den tradierten großen Behindertenverbänden und der emanzipatorischen Behindertenbewegung. Das Ziel wurde **1994** durch Aufnahme eines Benachteiligungsverbots für Menschen mit Behinderungen in Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 erreicht. Weitere demokratische Widerstandsaktivitäten wurden dann durch die Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention **2009** und des Bundesteilhabegesetzes **2016** ausgelöst. Hier führte eine nächtliche Besetzung der Bannmeile noch kurz vor der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes zu zahlreichen Änderungen im Sinne der Betroffenen.

Die wissenschaftliche Geschichtsschreibung fehlt

Behindertenpolitik wird heute als menschenrechtsbasierte Verwirklichung vollständiger inklusiver Teilhaberechte verstanden. Eine einheitliche Erforschung der Behindertenbewegung beziehungsweise der Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderungen in Ost und West findet nur in Ansätzen statt. Es gibt zahlreiche Archive oder einzelne Forschungsprojekte wie etwa das Zeitzeugenprojekt von bifos, aber noch keine nachhaltige wissenschaftlich fundierte Geschichtsschreibung. Auch fehlen, von der T4-Gedenkstätte einmal abgesehen, sichtbare Gedenkkorte im sozialen Raum, die den Kampf von Menschen mit Behinderungen um Inklusion abbilden. Dies ist jedoch zwingend erforderlich, denn neben der Emanzipationsbewegung der Frauen, der 68er-Bewegung, oder der Schwulen- und Lesbenbewegung gehört auch die Behindertenbewegung zu den bedeutsamsten und nachhaltigsten demokratischen Befreiungsbewegungen.

Dr. Martin Theben lebt und arbeitet als Rechtsanwalt in Berlin. Seit 2019 ist er Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität zu Berlin am Institut für Rehabilitationspädagogik. Er publiziert regelmäßig zur Geschichte der Behindertenbewegung, der er zwischen 1988 und 2004 aktiv angehörte.

FRAUEN-DEMOKRATIE-GESCHICHTE

SICHTBAR MACHEN

Bilanz und Perspektive

Von Claudia von Gélieu

Frauengeschichte wird inzwischen auch in Institutionen praktiziert. So wird zum Beispiel an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand seit 2019 eine Datenbank zu „Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ erstellt, die ab Sommer 2024 online zugänglich sein soll. Der prinzipielle Einbezug der Geschlechterperspektive in Geschichte hat sich hingegen nach wie vor nicht durchgesetzt. Frauenthemen werden meist additiv zum vermeintlich Allgemeinen behandelt. Diejenigen, die dazu arbeiten, erfahren wenig Anerkennung oder gar Diskriminierung.

Erschwert wird die Würdigung von Frauen und das Aufgreifen von Frauenthemen in der Bildungsarbeit durch fehlende wissenschaftliche Aufarbeitung. Frauengeschichtspräsenz werden nicht mehr neu besetzt, Gender Studies beschäftigen sich zu wenig mit Frauengeschichte und lokalhistorischen Forschungen und Recherchen für Stadtmarkierungen werden von historischen Fakultäten nicht als Aufgabe betrachtet.

Das Netzwerk Frauentouren forscht seit 1988 außeruniversitär zur Frauengeschichte und ihren Orten in Berlin. Die Ergebnisse werden auf vielfältige Weise in Exkursionen, Vorträgen, Publikationen, Ausstellungen, Filmen, Blogs, Apps, etc. vermittelt. Und ihre Expertise ist gefragt, wenn an Frauen erinnert werden soll. So war Frauentouren etwa 2023 Kooperationspartnerin des Projektes „Widerstand lokal“ für Rundgänge in allen zwölf Berliner Bezirken zu Frauen in der NS-Zeit. Anlässlich „100 Jahre Wahlrecht für Frauen“ 2018 haben Kolleginnen für die Bezirke Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick und Lichtenberg eine Ausstellung, eine Broschüre und Online-Präsentationen erarbeitet.

Das Ergebnis verschiedener feministischer Initiativen

Zur Sichtbarmachung von Frauengeschichte gibt es viele Formen. Beispiele aus dem Fundus der Frauentouren-Mitwirkung sind das Denkmal für Hilde Radusch – das erste für eine lesbische Frau, Gedenksteine auf Friedhöfen anstelle verschwundener Frauengräber und die Benennung aller drei Stadtteilbibliotheken in Neukölln nach Frauen. Den Kampf von Frauen für Gleichberechtigung hat das Land Berlin **2018** gewürdigt, indem der Internationale Frauentag zum Feiertag erklärt wurde. Auch hier gehörte Frauentouren zu den Initiatorinnen und hat für die Berliner Landeszentrale für politische Bildung eine Broschüre zur Geschichte des Internationalen Frauentages verfasst.¹

Bereits Anfang der 1990er-Jahre war Frauentouren im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Rückbenennung der Clara-Zetkin-Straße an der Erstellung einer Liste von mehr als 700 Frauen für Straßenbenennungen beteiligt. Diese Liste trug zur Verdoppelung der Frauenstraßennamen in Berlin bei. 2004 hat Frauentouren für den Berliner Frauensenat Vorschläge für Frauen-Ehrengräber erarbeitet. Und die von Frauentouren vorgeschlagene und bereits 2017 beschlossene Infostelle für die „Emmerweiber“ wird hoffentlich 2024 realisiert. Dass in den letzten Jahrzehnten viele neue Stadtmarkierungen zum Gedenken an Frauen dazugekommen sind, ist das Ergebnis verschiedener feministischer Initiativen. Auf die feministische Recherchegruppe „Widerstand-Gewalt-Geschichte“ etwa geht die Berliner Gedenktafel, die seit 2022 an das erste Frauenhaus erinnert, zurück. Mit dem Anstieg stellt sich die Frage nach einem Überblick, welche Frauen wie und wo geehrt sind. Der Arbeitskreis Stadtraum von Decolonize Berlin e.V. hat 2022 einen Überblick über Frauenstraßennamen erarbeitet.² Frauentouren fordert seit langem eine Datenbank für alle vorhandenen Vorschläge für zukünftige Ehrungen von Frauen mit dem notwendigen Hintergrundmaterial. In Hamburg hat die Landeszentrale für politische Bildung mit der Online-Datenbank „Hamburger Frauenbiografien“ ein entsprechendes Projekt geschaffen.³

Quotierung aller Strukturen und Mittel der Erinnerungsarbeit

Bei den Stadtextkursionen musste Frauentouren feststellen, dass Stadtmarkierungen von Teilnehmenden und Passant:innen gar nicht wahrgenommen werden, häufig nicht selbsterklärend sind und nicht in historische Prozesse eingeordnet werden können. Wirksam werden sie erst durch Bildungs- und Vermittlungsarbeit. Nicht nur deshalb ist die alleinige Ergänzung von Stadtmarkierungen um Frauen unzureichend. Statt einer Nachahmung männlichen Heldenkultes gilt es, die patriarchale Gedenkkultur zu überwinden und antifeministische Ehrungen aus dem Stadtbild zu tilgen. Quoten dürfen sich nicht nur auf die Zahl von Ehrungen beziehen, sondern auf alle Strukturen und Mittel der Erinnerungsarbeit.

Demokratiegeschichte darf aus feministischer Perspektive nicht auf die politische Partizipation von Frauen reduziert werden. Es gehören auch Kämpfe gegen alles, was die Teilhabe von Frauen behindert, dazu, wie zum Beispiel Care-Revolution. Nicht nur andere Fragestellungen, auch andere Ereignisse, Prozesse und Daten sind relevant. Viel stärker berücksichtigt werden müssten bei Stadtmarkierungen Frauenbewegungen, ohne die kein Frauenrecht durchgesetzt worden wäre.

Claudia von Gélieu ist Politikwissenschaftlerin, Frauengeschichtsforscherin und eine der Initiatorinnen des Netzwerks Frauentouren, das mit dem Frauenpreis des Berliner Senats ausgezeichnet wurde. Zuletzt publizierte sie: Rosa Luxemburg in Berlin. Ein biografischer Stadtführer, Berlin 2021.

1 Landeszentrale für politische Bildung: <https://www.berlin.de/politische-bildung/publikationen/suche/index.php/-detail/295>, 07.12.23.

2 Decolonize Berlin e.V.: <https://decolonize-berlin.de/de/bundnis-verein/#Strassen-und-Plaetze>, 07.12.23.

3 Hamburger Frauenbiografien: <https://www.hamburg.de/frauenbiografien/>, 07.12.23.

Was ist unser Fazit und wie geht es weiter?

Demokratiegeschichte muss konsequent multiperspektivisch betrachtet werden. Alles andere wird den heterogenen Erfahrungen demokratischer Kämpfe nicht gerecht. Prominente Jahreszahlen können einerseits sinnvoll sein, um narrative Orientierungspunkte im „Strom der Zeit“ zu bieten. Generell sind sie für ein multiperspektivisches historisches Lernen meistens zu unterkomplex und können die Vielschichtigkeit und oft sehr langwierige Prozesshaftigkeit demokratischer Kämpfe, die Fort- und Rückschritte einschließt, nicht adäquat abbilden.

Dr. Martin Theben stellte bei der Fachtagung die These auf: „Demokratie funktioniert nicht ohne Inklusion“. Dr. Patrice Poutrus ergänzte, dass das zwar aktuell so funktioniere, aber die Demokratiegeschichte dadurch eine Geschichte darüber sei, wer alles von diesem Narrativ ausgeschlossen ist.

Die Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen und ihre unterschiedlichen Erfahrungen mit demokratischer Teilhabe (oder dem Ausschluss davon) sowie der Kampf um demokratische Rechte kann selbst für einen begrenzten Raum wie Berlin niemals vollständig erzählt werden. Dieser Anspruch würde zu einer endlosen Addition von historischen Beispielen führen. Für die Bildungsarbeit ist es daher zunächst wichtig, die Vielfalt, Heterogenität und Ungleichzeitigkeit der Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen, dafür zu sensibilisieren und sie als eigene Lerninhalte zu thematisieren.

Ebenso wichtig ist es, gesellschaftliche und politische Teilhabe als komplexe Dynamik zu verstehen, die sich immer an bestehenden, oft über Generationen entstandenen Machtverhältnissen und gesellschaftlichen Ungleichheiten abarbeitet. Daher sind auch Fortschritte einer demokratischen Entwicklung immer im Kontext und in den Machtstrukturen ihrer jeweiligen Zeit zu verstehen und können nicht ohne weiteres mit heutigen Standards verstanden und beurteilt werden. Hier muss die historische Bildungsarbeit zunächst Kontexte deutlich machen.

Für die Bildungsarbeit ist es unabdingbar, reflektiert auszuwählen, welcher Teil der Berliner Demokratiegeschichte oder welches historische (gruppen-)biografische Beispiel für ein konkretes Bildungsangebot in den Blick genommen wird. Für die Auswahl können im Sinne einer Subjektorientierung etwa folgende Fragen leitend sein: Welche Bevölkerungsgrup-

pen/Beispiele sind für meine Zielgruppe besonders interessant – entweder, weil sie ihr lebensweltlich nah sind oder weil sie ihr besonders unbekannt sind? Welche historischen Beispiele sind anknüpfungsfähig, beispielsweise, weil sie sich im gleichen Kiez oder im gleichen Milieu bewegen wie die Zielgruppe des Bildungsangebots? Wo gibt es vergleichbare biografische oder persönliche Faktoren? Welche Interessen haben meine Adressat:innen bereits geäußert? Gibt es historische Personen oder Gruppen, die sich als Vorbilder im Sinne eines Empowerments für die Auseinandersetzung besonders eignen?

Da die historische Forschung genauso wie die Bildungsarbeit von Privilegien und Marginalisierungen geprägt ist, dürfen die Defizite in der Forschung, Dokumentation und Archivierung nicht aus dem Blick geraten. Möglicherweise können zeithistorische Bildungsprojekte sich in diesem Sinne einer eigenen „Forschungsaufgabe“ widmen, wie etwa Interviews mit Menschen zu führen, die bisher wenig in der Forschung beachtet wurden, oder versuchen, deren Geschichten im Rahmen einer Projektarbeit bekannter zu machen.

Ausblick

In der letzten Phase des Fachtages im Oktober 2023 wurde in Kleingruppen rege über weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit diskutiert. Nach aktuellem Stand haben weder das Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V. noch die Berliner Landeszentrale für politische Bildung die Möglichkeit, in größerem Stil – also im Sinne einer institutionell verankerten Koordinierung – die Arbeit weiterzuführen. Daher wurden konkrete Ideen entwickelt, wie die Arbeit mit Hilfe von Vernetzung nachhaltig gesichert und weitergeführt werden könnte.

1. AG Demokratiegeschichte

Analog zur bundesweiten AG *Orte der Demokratiegeschichte* könnte sich in Berlin eine lokale Arbeitsgruppe bilden, die gemeinsam Anstrengungen zur Erweiterung bestehender Geschichtsnarrative bündelt, sich um die Finanzierung unterschiedlicher Projekte kümmert und diese zusammen sowie mit weiteren externen Initiativen und Einzelpersonen umsetzt. Der Verein Aktives Museum hat sich dafür als Plattform angeboten, die Interessierte zusammenbringen könnte. Jedoch stehen der Geschäftsstelle nicht die personellen Kapazitäten zur Gründung und Leitung einer solchen Arbeitsgruppe zur Verfügung. Bei der AG-Arbeit könnte der Austausch von Wissen, beispielsweise über Fördertöpfe und institutionelle Strukturen, sowie die Vernetzung relevanter Akteur:innen und die Beratung bei Erinnerungs- und Gedenkprojekten im Zentrum stehen.

Kontakt bei Interesse und Fragen: Nora Hogrefe, hogrefe@aktives-museum.de

2. Wiki

Ein Wiki (offene digitale Enzyklopädie) nach dem Vorbild des „Wien Geschichte Wiki“ wurde unter der kenntnisreichen Moderation von Miriam Menzel (Alfred Landecker Foundation) für Berlin diskutiert. Diese Anwendung ermöglicht eine niedrigrschwellige, partizipative Dokumentation von Inhalten, Bildern, Dokumenten und Bildungsmethoden. Die Inhalte sind offen zugänglich und nutzbar. Benötigt wird dafür eine Stelle, die für den Start, die Strukturierung und den laufenden technischen und inhaltlichen Support zuständig ist.

3. Broschüre in einfacher Sprache

Für die Berliner Landeszentrale für politische Bildung ist die Geschichte der Demokratie – aktuell und auch historisch – ein zentrales Thema. Als Ergebnis des Projektes plant die Landeszentrale daher, eine Broschüre in einfacher Sprache zum Thema „Demokratische Aufbrüche in Berlin“ zu veröffentlichen.

Impressum

Herausgeber: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V.
in Kooperation mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Gefördert mit Fördermitteln des Projektfonds „Zeitgeschichte und Erinnerungskultur“ der
Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Redaktion: Clara Westendorff, Nora Hogrefe, Anja Witzel

Projektteam: Thomas Gill, Nora Hogrefe, Maximilian Jung,
Kaspar Nürnberg, Clara Westendorff und Anja Witzel.

Grafik: Stefan Buchner, stefanbuchner.de

**Wir danken der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und den Helfer:innen für die
Unterstützung bei der Ausrichtung des Fachtages, sowie allen
Beteiligten für ihre schriftlichen und mündlichen Beiträge.**

Berlin, Dezember 2023

AKTIVEMUSEUM
Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung

BERLIN

